

Der Vollzugsdienst

4-5/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gefangenenzzeitung
„der lichtblick“ greift
Bedienstete massiv an**

Justizverwaltung in Berlin
bleibt untätig

Seite 1

**Moderne Technik und Justiz-
vollzug: Schöne neue Welt –
aber nicht hinter Gittern!**

Erfahrungsbericht
einer leidgeprüften Kollegin

Seite 41

**Niedersächsische
Vollzugsbedienstete gehen
auf die Straße**

VNSB hatte zur Demonstration
vor dem Landtag aufgerufen

Seite 51

Wahnsinn hinter Stahl und Beton

**Dauerbrenner im Justizvollzug:
„Wie umgehen mit psychisch
auffällig Inhaftierten?“**

Lesen Sie mehr dazu
ab Seite 5 dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BAYERN



RHEINLAND-PFALZ

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gefangenenzzeitung „der lichtblick“ greift Bedienstete massiv an – Justizverwaltung Berlin bleibt untätig
- 2 Die Tarifforderungen liegen auf dem Tisch
- 4 40. Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November in Soltau/Niedersachsen
- 4 Nach langer Pause wieder ein BSBD Bundesseminar
- 5 Wahnsinn hinter Stahl und Beton – Eine Tragödie in vielen Akten
- 8 Arbeit hinter verschlossenen Türen – Psychologen und Psychotherapeuten in Justizvollzugsanstalten
- 10 Bundesseniorenvertreter Klaus Neuenhüsches geht von Bord

LANDESVERBÄNDE

- 11 Baden-Württemberg
- 26 Bayern
- 32 Berlin
- 36 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 40 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 76 Sachsen
- 77 Sachsen-Anhalt
- 82 Thüringen
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2021:

➡ ➡ **14. Dezember 2021**

Der BSBD Sachsen-Anhalt stellt sich die Frage:

Sind wir Beamte zweiter Klasse?!

Auszüge aus dem Entwurf des Koalitionsvertrages der Parteien:

Stellenzulage:

Justizvollzug:

Zur Abgeltung der gestiegenen Anforderungen und der erhöhten Belastung der Bediensteten im Justizvollzug werden wir die Stellenzulage im Justizvollzug zum 1. Januar 2023 um 20 Prozent erhöhen. Zur Vermeidung von altersbedingten Unwuchten bedarf es zudem verbesserte Beförderungsmöglichkeiten im Allgemeinen Vollzugsdienst.

Polizei:

Die Koalitionspartner vereinbaren mit dem Blick auf die Attraktivität des Polizeiberufes im Ländervergleich die Polizeizulage ab dem 1. Januar 2023 um 20 Prozent zu erhöhen.“

Der BSBD LV Sachsen-Anhalt fragte in seinen Wahlprüfsteinen vor der Landtagswahl 2021:

Schon seit längerer Zeit wird darüber debattiert, ob es die Möglichkeit der Angleichung der Vollzugszulage auf das Niveau der Polizeivollzugszulage gibt. Ihr Standpunkt? Nachfolgend die Antworten der Koalitionsparteien:

SPD:

Die Angleichung der Vollzugszulage unterstützen wir und wollen sie in den anstehenden Koalitions- und Haushaltsverhandlungen einbringen.

CDU:

Schon seit längerer Zeit wird darüber debattiert, ob es die Möglichkeit der Angleichung der Vollzugszulage auf das Niveau der Polizeivollzugszulage gibt. Die Erhöhung der besonderen Stellenzulage für die Justizvollzugsbediensteten muss bei den Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt geklärt werden. Wir werden uns dem Grunde nach für eine Erhöhung einsetzen.

FDP:

Zu einer angemessenen Alimentierung gehören auch Dienstzulagen. Die Belastungen der Justizvollzugsbeamten ähneln sehr denen der Polizeibeamten im Einsatzdienst. Dies sollte auch bei der Bemessung der Dienstzulage berücksichtigt werden. Mit unserem Personalentwicklungskonzept (siehe Frage 3) wollen wir auch solche Zulagen anpassen.

Personalausstattung:

„Justizvollzug:

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Justiz insgesamt weiter gestärkt werden muss.

Dies betrifft sowohl die Personalstärke wie auch die technische und bauliche Ausstattung der Justiz in Sachsen-Anhalt.Sicherheit entsteht nicht allein durch modernisierte Gebäude und Technik, sondern auch durch eine angemessene Personalstärke. Die Koalitionspartner werden zur Beseitigung von Personalengpässen, insbesondere um den zukünftigen Pensionierungswellen entgegenzuwirken, zusätzlich Personal einstellen.

Polizei:

Den in den letzten Jahren begonnen Personalaufwuchs im Polizeivollzugsdienst wollen wir verstetigen.

Unser Ziel ist, binnen fünf Jahren mindestens 7.000 Polizeivollzugsbeamten und -beamte in der Polizei Sachsen-Anhalt im aktiven Dienst zu haben.

Um den in den kommenden Jahren durch die Vielzahl der Pensionierungen eintretenden Verlust an Erfahrungen entgegenzuwirken, wollen wir den Polizeibeamtinnen und -beamten die Möglichkeit des freiwilligen Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand anbieten.

Der BSBD LV Sachsen-Anhalt fragte in seinen Wahlprüfsteinen vor der Landtagswahl 2021:

.... in der letzten Wahlperiode ist eine Kehrtwende eingeleitet worden, der Justizvollzug ist kein Abbauressort mehr, aber die erreichten Zuwächse bleiben hinter den altersbedingten Abgängen zurück.

Wir fordern einen entsprechenden Einstellungskorridor. Ihr Standpunkt?

SPD:

Das Problem des Personalmangels sowie einer absehbaren Pensionswelle betrifft das gesamte Justizsystem Sachsen-Anhalts.

Wir wollen daher in der kommenden Legislatur mit modernen Werbe- und Einstellungsverfahren eine Einstellungsoffensive für Justizbedienstete starten. Richtschnur zum Personalaufbau bietet dabei die Zahl der Neueinstellungen in der Landespolizei während der vergangenen Jahre; sie soll korre-

spondierend auf das Justizsystem übertragen werden.

CDU:

Wir verfolgen einerseits Bestrebungen, den Justizvollzug im Land Sachsen-Anhalt zukunftsfest auszugestalten, insbesondere im Hinblick auf den Erhalt der Sicherheit im Justizvollzug und eine verfassungskonforme Unterbringung von Gefangenen durch Einzelunterbringung ab dem Jahr 2025.

.... Schon im Gesetzgebungsverfahren haben wir darauf hingewiesen, dass die Umsetzung ein erhebliches Mehr an personellen Ressourcen in allen Laufbahnen braucht.

In der letzten Wahlperiode ist eine Kehrtwende eingeleitet worden, der Justizvollzug ist kein Abbauressort mehr, aber die erreichten Zuwächse bleiben hinter den altersbedingten Abgängen zurück. Wir fordern einen entsprechenden Einstellungskorridor.

Mit der Umsetzung des Feinkonzeptes, das Grundlage der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2019 und 2020/21 war, konnte ein moderater Stellenaufwuchs im Bereich des Justizvollzuges erreicht werden.

Der Umsetzungsstand des Feinkonzeptes kann insgesamt als gut angesehen werden.

Zusätzlich zu den vorrangigen Anwärterübernahmen war eine Vielzahl von externen Neueinstellungen insbesondere bei den Fachdiensten (Psychologischer Dienst, Sozialdienst, medizinischer Dienst) sowie im Verwaltungsbereich möglich.

Ein Teil der zahlreichen Neueinstellungen der letzten Jahre (u. a. Sanitätsdienst, Köche und Verwaltung) zielte dabei auch auf die notwendige Entlastung des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes (AVD) ab.

Handlungsbedarf sehen wir derzeit aufgrund des Mangels ausreichend geeigneter Bewerberinnen und Bewerber für den AVD. Aufgrund der Bewerberlage für den AVD hat das Ministerium für Justiz und Gleichstellung Marketingstrategien entwickelt, die den Justizvollzug als attraktiven Arbeitgeber präsentierten.

Um auch künftig den Zielen des Strafvollzugs gerecht zu werden, hat dabei die kontinuierliche Ausbildung und Übernahme von Nachwuchskräften für den AVD höchste Priorität.

Wir werden uns dafür einsetzen, kontinuierlich junge Menschen für den

Allgemeinen Vollzugsdienst, für den Allgemeinen Vollzugs- und Verwaltungsdienst sowie für die Fachdienste einzustellen.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen im Bereich der Polizei und Justiz ein echtes Personalentwicklungskonzept implementieren. Neben zusätzlichen Stellen sollen auch ein veränderter Stellenplan, zusätzliche Beförderungen und ein Aus- und Fortbildungsprogramm enthalten sein.

Das gilt im Besonderen für den Bereich Justizvollzug, denn Sicherheit entsteht nicht allein durch modernisierte Gebäude und Technik, sondern auch durch eine angemessene Personalstärke. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir dieses Personalentwicklungskonzept erarbeiten.

All diese Antworten werfen immer mehr die Frage auf: **Sind wir Beamte**

des Justizvollzuges Beamte zweiter Klasse? Beim Justizvollzug wird beabsichtigt die „Stellenzulage“ und nicht die „Vollzugszulage“ zum 1. Januar 2023 um 20 Prozent zu erhöhen.

Es wird im Koalitionsvertrag nicht davon gesprochen, dass eine Angleichung an die Polizeizulage erfolgen soll. Was man ja im Vertrag hätte aufnehmen können.

Was alle drei Koalitionsparteien in ihre Antworten zu den Wahlprüfsteinen des BSBD geschrieben haben, ist das eine, der Koalitionsvertrag ist etwas anderes!

Im Vergleich zum Ministerium des Innern wird dort aber von einer Erhöhung der „Polizeivollzugszulage“ um 20 Prozent an dem 1. Januar 2023 gesprochen.

Also ist eine Erhöhung von 20 Prozent der Vollzugszulage (Polizei) und die Stellenzulage (Justiz) schon ein erheblicher Unterschied. Eine unterschiedliche Bezahlung zwischen Polizei und dem Justizvollzug lässt nichts Gutes hoffen für den Justizvollzug.

Der BSBD dachte immer: es gibt ein **Landesbeamtengesetz** und eine **Be-soldungsverordnung** für eine **Beamtenlaufbahn**. Der Landesverband des BSBD von Sachsen-Anhalt fühlt sich jetzt richtig als das „**fünfte Rad am Wagen**“, um nicht zu sagen hintergangen. Wie wir immer wieder gesagt haben, einmal weggesperrt ist weg und wir brauchen uns um nichts mehr zu kümmern.

Aber JUSTIZVOLLZUG bedeutet SICHERHEIT.

Bei der Polizei werden konkrete Zahlen genannt in der Personalentwicklung. Aber bei dem Justizvollzug werden keine konkreten Zahlen genannt.

Wenn man sieht, dass zum Beispiel in den letzten drei Jahren nicht einmal die Einstellungszahlen im Justizvollzug erfüllt wurden, ist das mehr als bedenklich für die Personalentwicklung im Justizvollzug.

Mögliche Schließungsvorstellungen verbessern die Personalsorgen im Justizvollzug nicht, das ist nur ein Trugschluss. ■

Anmerkungen eines Kollegen ...

... Gleichwohl hier verschiedene Punkte angesprochen werden und es auch verschiedene Meinungen geben wird, halte ich es für dringend ratsam, im Vollzug erst einmal selbst Ordnung zu schaffen.

Hier könnte man viele Argumente aufführen. Ich habe mal die folgenden ausgesucht:

Lobende Worte der CDU, es wurde zur Entlastung des AVD Personal eingestellt – kann ja so wohl nicht richtig sein. Richtig ist, dass Personal eingestellt wurde – das Personal des AVD ist jedoch weiterhin dort tätig, wofür es nicht ausgebildet wurde.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat es keinen Landtagsabgeordneten, Mitglieder von Ausschüssen oder andere verantwortliche Entscheider interessiert, gleichwohl der BSBD oder andere Gremien mehrfach darauf hingewiesen haben. So viel zur Entlastung.

Ja, der Vollzug war, ist und bleibt das „fünfte Rad am Wagen“. So lange niemand – und davon haben wir eine ganze Menge – auf den verschiedensten Entscheidungsebenen richtig weiß, wie die Arbeit im Vollzug realisiert wird, wird sich nichts ändern.

Niemand – ich wiederhole niemand – interessiert sich richtig wirklich für den AVD. Diese Laufbahn hat zu funktionieren, egal wie. Unzählige Belastungsstudien oder andere wissenschaftliche Erhebungen bestätigen dies.

Es ist auch richtig, dass in der jüngsten Vergangenheit Dienstwärter eingestellt wurden. Es ist auch richtig, dass die vom Land geplanten Ziele nicht erreicht wurden. Auch dies hat Gründe.

Aus meiner Sicht sind hier nicht alle Ressourcen ausgeschöpft. Diese wenigen Einstellungen werden jedoch die zu erwartenden Altersabgänge/Pensionieren nicht abfangen können. Der BSBD hat unter der Ära des damaligen Finanzministers **Bullerjahn** mehrfach massiv im Vorfeld auf die zu erwartenden Folgen hingewiesen und Lösungen unterbreitet – leider ohne Erfolg.

Heute haben wir das Ergebnis auf Kosten des AVD.

„Bau Halle.“

Es erweckt den Anschein, dass man Fehler gern unter allen Umständen wiederholen möchte. Es ist eine gefährliche Leichtfertigkeit zu glauben, der Vollzug würde sich dadurch effektiver und sicherer gestalten.

Wie denn, wenn man die Altersabgänge nicht mit Neueinstellungen kompensieren kann? Hinzu kommt, dass das dienstältere Personal sicherlich mit Freude kurz vor der Pensionierung seine Freizeit auf der Landstraße oder Autobahn verbringt. Ergebnis wird sein, dass sich subkulturelle Tendenzen weiter steigern werden.

„Kluge Worte“ aus der Politik oder anderen hohen Entscheidungsträgern hilft und helfen dem Kollegen vor Ort nicht.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Besetzung der wichtigen entscheidungsrelevanten Dienstposten.

Diese Dienstposten werden geprägt durch das Neutralitätsprinzip. Hier kann man gespannt sein, ob es geeignete Personen gibt – die Vergangenheit hat es bis auf wenige Ausnahmen bewiesen – die Gegenwart beweist es aktuell. ■



Symbofoto:
josefkubes/
stock.adobe.com

Der AVD hat zu funktionieren, egal wie!

„Ein Fuchs muss tun was ein Fuchs tun muss“

Der Quizmaster Robert Lemke sagte einst: „Anerkennung ist ein Pflanze, die vorwiegend auf Gräbern wächst“. Da ich es persönlich für viel besser halte, einem hochverdienten Kollegen Dank und Anerkennung für seine geleistete Arbeit für den Justizvollzug des Landes Sachsen-Anhalt zu zollen und das zu Lebzeiten, möchte ich das an dieser Stelle sehr gerne tun.

Seit über 20 Jahren arbeite ich im Justizvollzug des Landes Sachsen Anhalt. Alle positiven und negativen Facetten, welche mit den damit verbundenen Aufgaben einhergingen, durfte ich erfahren und habe natürlich während dieser Zeit auch unzählige Menschen kennengelernt.

Einige davon haben meinen Weg im Justizvollzug positiv oder aber auch negativ, die meisten gar nicht, beeinflusst. Einige hingegen haben mich fasziniert aufgrund der Arbeitsergebnisse. Aber nur einer davon hat mich so beeindruckt, als dass es an der Zeit ist, diesem Kollegen auf diese Weise meinen persönlichen Respekt zu bekunden und ich bin sicher im Namen von vielen ehemaligen Anwärtern – heutigen Kolleginnen und Kollegen – des allgemeinen mittleren Justizvollzugsdienstes des Landes Danke zu sagen für eine einzigartige, aber leider auch für eine als zu selbstverständlich gehaltene Tätigkeit.

Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst **Axel Fuchs** (57) ist seit dem Jahr 2004 Ausbildungsleiter des Aus- und Fortbildungsinstitutes des Landes Sachsen-Anhalt in Benneckenstein (Harz) und in seiner Funktion zuständig für die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärtern für den allgemeinen mittleren Justizvollzugsdienst. Seit 10 Jahren



Axel Fuchs

ist **Axel Fuchs** zudem Mitglied des Prüfungsausschusses, begleitet seit eben diesem Zeitraum die Eignungsauswahlverfahren für Anwärter des mittleren und gehobenen Justizvollzugsdienstes und erteilt Fachunterricht sowohl in den Grund- als auch in den Fachlehrgängen des mittleren Justizvollzugsdienstes, im wichtigsten Fachgebiet der Ausbildung – der Vollzugspraxis.

Außerdem bestellt **Axel Fuchs** als direkter Ansprechpartner in Personalunion sämtliche Dozenten, welche für die Ausbildungsbereiche unserer zukünftigen Bediensteten benötigt werden und arbeitet mit diesen gemeinsam Schulter an Schulter während der gesamten Ausbildungszeit. Da es sich bei den Dozenten dabei in der Regel selbst um Bedienstete des Landes handelt, ist dies mitunter eine der schwierigsten und undankbarsten Aufgaben, welche **Axel Fuchs** lösen muss, da natürlich jeder und jede Bedienstete vor Ort in den JVA'en des Landes ebenso zur Dienstausbildung benötigt wird. Aufop-

ferungsvoll kümmert sich Kollege **Axel Fuchs** trotz der Fülle seiner Aufgaben, um seine Anwärterinnen und Anwärter, wo er aber gerade in den letzten 1,5 Jahren pandemiebedingt an seine Grenzen stieß. Aber seine ungebrochene Leistungsbereitschaft, seine Flexibilität und vor allem seine Erfahrung machten hier den gewaltigen Unterschied aus.

Am Ende des Tages hat **Axel Fuchs** trotz eines täglich vollen Terminkalenders stets ein offenes Ohr, immer ein Lächeln und ein nettes Wort für die Ausbildungsleiter der Anstalten, Dozenten, seine Kolleginnen, Kollegen und natürlich für seine Auszubildenden.

Im Jahr 1993 begann **Axel Fuchs** seine Karriere im Justizvollzug des Landes Sachsen Anhalt selbst als Anwärter. Er arbeitete bis zum Jahr 2004 in der ehemaligen JVA Halberstadt als Bediensteter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes. Mittlerweile hat er hunderte Anwärter ausgebildet und die meisten davon zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt gemacht.

Für mich persönlich ist es immer wieder beeindruckend, mit ansehen und erfahren zu dürfen, wie **Axel Fuchs** die zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges unseres Bundeslandes inspiriert und zu wissen, dass seine Rolle im Aus- und Fortbildungsinstitut in Benneckenstein und dies in seiner Mission als „Einzelkämpfer“ so wichtig ist für eine erfolgreiche Dienstdurchführung aller Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen Anhalt.

Vielen Dank lieber **Axel Fuchs**, für Deine Arbeit und Dein Engagement, es ist von unschätzbarem Wert.

Jan Sarembe

Impressum

68. Jahrgang

DER VOLLZUGSDIENST (VollzD)

Zeitschrift des

Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**)

HERAUSGEBER UND VERLAG

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**)

SCHRIFT- u. VERLAGSLEITUNG, ANZEIGENVERWALTUNG

Anja Müller

c/o Geschäftsstelle **BSBD**

Waldweg 50 – 21717 Deinst

Mobil: 0151/ 56 04 91 95

E-Mail: vollzugsdienst@bsbd.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort:

35576 Wetzlar

ERSCHEINUNGSWEISE

Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“

sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

GESAMTHERSTELLUNG

Die MedienPartner GmbH

Industriehof 6, Gebäude H, 77933 Lahr

Telefon 0 78 21 / 94 99 - 25

www.die-medienpartner.de

E-Mail: loeffel@die-medienpartner.de

Weitere Verstärkung für den Justizvollzug

Magdeburg. Justizstaatssekretär Dr. Dr. h. c. Josef Molkenbur hat jungen Nachwuchskräften im Rahmen einer Feierstunde im Ministerium für Justiz und Gleichstellung ihre Ernennungsurkunden überreicht.

Bei den neuen Kolleginnen und Kollegen handelt es sich um 23 Obersekretärinwärterinnen und Obersekretärinwärter im Justizvollzugsdienst, die ihren Vorbereitungsdienst erfolgreich zum 31. Juli 2021 beenden und sodann nahtlos in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden.

Weitere 16 erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber werden zum 01. August 2021 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes und darüber hinaus eine Bewerberin in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des Allgemeinen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugseinrichtungen eingestellt.

Molkenbur sagte: „Die Bediensteten des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes sind seit jeher die zahlenmäßig größte Laufbahn im Justizvollzug. Die kontinuierlich hohen Ausbildungszahlen der



Nachwuchskräfte im Justizvollzug.

Foto: BSBD LV Sachsen-Anhalt

letzten Jahre belegen den Erfolg unserer Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug.

Die Kampagne **#BeaJVD** wird in den nächsten Jahren aufgrund des auch langfristig hohen Bedarfs an unverzichtbaren Nachwuchskräften im AVD weiter fortgesetzt. Der Justizvollzug bietet vielseitige und krisensichere

Arbeitsplätze. Auch künftig werden grundsätzlich alle Anwärterinnen und Anwärter, die die anspruchsvolle Laufbahnprüfung erfolgreich bestanden haben, unmittelbar nach Abschluss der Ausbildung als Probebeamtinnen und Probebeamte in den Landesdienst übernommen.“

PM des MJ vom 29.07.2021

Festakt zur Begrüßung der Anwärterinnen und Anwärter



Am 6. September 2021 wurden in Benneckenstein im Rahmen eines Festaktes die Anwärterinnen und Anwärter (unter Corona-Bedingungen) zum Beginn des Grundlehrganges begrüßt.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der stellv. AFI-Leiter und der Schulleiter der Justizvollzugschule **Axel Fuchs** die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten an der Schule. Der Abteilungsleiter III Herr

Reichel hieß die Anwärterinnen und Anwärter willkommen, auch waren die Ausbildungsleiter der Anstalten sowie die Anstaltsleiterinnen und ihre Vertreterinnen anwesend.

Der **BSBD** Landesvorstand ließ es sich nicht nehmen, vertreten durch seinen Landesvorsitzenden **Mario Pinkert**, diesem Festakt beizuwohnen.

Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt vom Blechbläserquintett des Landespolizeiorchesters.



»Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt«



Die Kapitel des Dokumentenordners im Überblick

- Persönliche Angaben
- Wichtige Kontaktdaten
- Berufliches
- Vorsorgedokumente / Vertrauenspersonen
- Bank
- Haus- und Grundbesitz
- Laufende Verpflichtungen
- Versicherungen
- Verträge
- Telefon, Internet und Medien
- Mitgliedschaften
- Testament, Erbvertrag usw.
- Was ist im Todesfall zu tun?
- Anhang mit Musterschreiben